

# Plagiatsprüfung

## DIE LINKE Schleswig.txt

Details zur Prüfung		Prüfergebnis
Datum der Prüfung	2012-03-13	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;">7%</div>
Worte	1102 zitierte Worte / 15366 geprüfte Worte.	
Quellen	23 Quellen (7 relevant, 2 überdeckt, 14 ausgeschlossen)	
Projekt	LTW-Programme 2012	
Bemerkungen	-	

### Übersicht zitiertter Passagen



### Markierter Text

DIE LINKE Schleswig-Holstein streitet ohne Wenn und Aber für eine soziale Politik in unserem Land. Wir wollen die Armut abs...

...e drei Kita-Jahre Bedarfsgerechte Ausweitung der Kita-Zeiten auf täglich acht Stunden Wir werden eine Bundesratsinitiative ergreifen, um eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder auf den Weg zu bringen. Der Bedarf muss eigenständig ermittelt werden, so wie es die obersten Gerichte und die Sozial- und Familienverbände fordern. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kindergeld nicht mehr auf Leistungen angerechnet wird. Auch Kinder aus Familien, die von Ha...

...Kultur-, Sport- und weitere Freizeitangebote auszubauen. DIE LINKE fordert: Keine weitere Kürzung von Jugendhilfemaßnahmen Aufstockung des Personals der offenen Kinder- und Jugendarbeit, ohne Stellen in anderen Bereichen zu streichen Entfristung von sinnvollen Projekten der Jugendarbeit Rücknahme der Kürzungen bei den Mädchentreffs Rücknahme der finanzie...

...hen muss nach der Ausbildung der Einstieg in den erlernten Beruf garantiert werden. Junge Menschen haben ein Recht auf ein eigenständiges Leben. Es darf nicht sein, dass Menschen unter 25 Jahren noch besonderen Hartz IV-Schikanen unterworfen werden und etwa bei ihren Eltern wohnen müssen. Auch und besonders aus der Sicht Jugendlicher gilt deshalb: Hartz IV muss weg! Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen ist jenseits von Schule meist kostenpflichtig. Wir fordern den Ausbau von kostenlosen Kultur-, Sport- und weiteren Freizeitangeboten sowie die Förderung von selbstverwalteten Jugendprojekten. In Schleswig-Holstein beziehen die Menschen ihre Renten in der Regel aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Niedriglöhne und Langzeitarbeitslosigkeit aber führen geradezu zwangsläufig in die Altersarmut, von der besonders Frauen betroffen sind. Wir werden uns als Partei und im Bundesrat weiterhin entschlossen für den Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, gegen Rentenungerechtigkeit und für eine menschenwürdige und existenzsichernde Rente einsetzen, damit Menschen am Ende ihres Arbeitslebens nicht in Armut leben müssen. Die Rente erst ab 67 lehnen wir ab. Ältere Bürgerinnen und Bürger haben oft herausragende Qualifikationen. Auf ihre Lebenserfahrung, ihr Wissen und ihre Kenn...

...Alter betroffen. Wir streiten für eine existenzsichernde Mindestrente zur Verhinderung von Altersarmut. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ist Inhalt der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie ist für DIE LINKE unantastbar. Nicht der einzelne Mensch mit Behinderung muss sich anpassen, sondern die Gesellschaft hat Bedingungen zu schaffen, die gleiche Chancen, Selbstbestimmung und eine umfangreiche Teilhabe für alle ihre Mitglieder ermöglicht. Für unterschiedliche Menschen müssen unterschiedliche Lösungen gefunden werden, damit sie gleiche Möglichkeiten haben. Dazu gehören besondere Fördermaßnahmen für Frauen mit Behinderung, die als Mehrfach-Diskriminierte am Arbeitsmarkt besondere Unterstützung bei der Eingliederung oder Wiedereingliederung ins Berufsleben, der Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche brauchen. Wir wollen barrierefreie Lösungen für die Kommunikation, für Arbeit, Wohnung, Verkehr und Versorgung, aber auch einen Wandel in unserem eigenen Denken und Verhalten. Barrierefreiheit nutzt allen. Dazu gehört der Anspruch, eine neue Kultur des Respekts und des Willkommenseins im Land zu schaffen. Die in Schleswig-Holstein gewährten Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen wollen wir erhalten. Die Streichung der Gebührenfreiheit für den Rundfunk- und Fernsehempfang lehnen wir ab. Die Halbbier...

...lte "ein Zustand vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens" sein (Weltgesundheitsorganisation - WHO). Die Bundesregierungen haben über Jahre hinweg das einst solidarische Gesundheitswesen profitorientiert umgebaut. Wir fordern die Rückkehr zum Prinzip der Solidarität im Gesundheitswesen und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, die alle Einkommensarten zur Finanzierung heranzieht. Wir kämpfen gegen die Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge und gegen die Einführung einer einkommensunabhängigen Kopfpauschale, die allein von den Versicherten zu zahlen ist. Wir fordern die Rücknahme aller Zuzahlungsregelungen für die medizinisch notwendigen Leistungen. Die zunehmende Profitorientierung des Gesundheitswesens hat in Schleswig-Holstein viel Schaden angerichtet. Durch Einschr...

...I zu geringe Basisfallwert führt in Schleswig-Holstein zu Einnahmeverlusten der Kliniken, die nicht mehr aufzufangen sind. Wir werden als Partei und im Bundesrat weiter und energisch für ein solidarisches Gesundheitswesen kämpfen. In Schleswig-Holstein setzen wir uns für eine kleinräumige kassenärztliche Bedarfsplanung ein. Um Ärztinnen und Ärzte für den ländlichen Raum zu gewinnen, fordern wir infrastrukturelle Unterstützung und flexible Formen der Niederlassung. Das flächendeckende Netz von Krankenhäusern werden wir erhalten. Privatisierungen im Krankenhausbereich lehnen wir ab. Wi...

...setzen und aus dem Landeshaushalt zu finanzieren. Eine enge Vernetzung von ambulanten und stationären Versorgungsbereichen ist uns wichtig. Dafür wollen wir medizinische Versorgungszentren weiterentwickeln, auf eine gemeinsame Kapazitätsplanung und gemeinsame Notfallbehandlungsportale orientieren sowie auf den Einsatz von Assistentinnen und Assistenten nach dem Gemeindefachkräften-Prinzip. Wie in allen anderen Bereichen auch, erreichen wir nichts ohne engste Zusammenarbeit mit den Betroffenen. Im Gesundheitsbereich wollen wir bei der Festlegung von Gesundheitszielen, der Entwicklung von Präventionsprogrammen und der Gesundheitsberichterstattung mit Akteuren des Gesundheitswesens sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kinder- und Jugendhilfe, der Schulen, der Seniorinnen und Senioren, der Gewerkschaften und Kommunen kooperieren. Wir wollen die Aids-Prävention und die Integration ...

...erücksichtigung geschlechtsspezifischer Belange in der gesamten Gesundheitspolitik. Zuerst braucht Schleswig-Holstein eine differenzierte und qualifizierte Landesgesundheitsberichterstattung für Männer und Frauen sowie für Kinder. Isolierte Einzelmaßnahmen helfen uns nicht weiter. Schleswig-Holstein benötigt ein abgestimmtes Konzept auf Grundlage einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung. Dies beinhaltet Frauengesundheitszentren mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Migrantinnen sowie die Förderung von frauenspezifischer psychotherapeutischer und medikamentöser Behandlung und Rehabilitation. Die Versorgung mit kostenlosen Verhütungsmitteln soll mindestens auf dem Stand von 2004 erfolgen. Zusätzlich müssen die Beratungsangebote für Menschen mit Essstörungen ausgebaut werden. Die Zahl der hilfe- oder pflegebedürftigen Menschen wird in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren stark zunehmen. Da die Leistungen der Pflegeversicherung von den Betroffenen beantragt werden müssen, ist der Zugang zu Information über deren Möglichkeiten und Antragswege Bedingung für die Leistungen. Deshalb fordern wir flächendeckend eine kompetente, wohnortnahe und vor allem neutrale Pflegeberatung. Da nicht jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch Leistungen von der Pflegeversicherung erhält, setzen wir uns auf Bundesebene für eine entsprechende Reform der Pflegeversicherung ein, die auch eine bessere Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen ermöglicht. Dabei sollen alternative Wohn- und Versorgungsformen stärker als bisher berücksichtigt werden. Wir brauchen mehr gut ausgebildete und entsprechend bezahlte Fachkräfte. Sie sind eine unabdingbare Voraussetzung für eine gute Pflege. Sie sind aber auch notwendig für bessere Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte. In der Regel wird die häusliche Pflege von Familien geleistet, insbesondere von Frauen. Dafür ist eine professionelle, un...

... auf Stadt. Stadtpolitisch brauchen wir weder Wohlstandsgheetos noch Armenquartiere. Für Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) oder Sozialhilfe müssen die tatsächlichen Wohnkosten übernommen werden. An diesen Kosten hat sich der Bund angemessen zu beteiligen. Eine Pauschalierung in jeglicher Form lehnen wir ab. DIE LINKE setzt sich für den Umbau der Energieversorgung weg vom Atomstrom hin zu einem sozialen, ökologischen und region...

...an Ganztagschulen ausschließlich durch pädagogisch ausgebildetes Personal, das selbstverständlich tariflich entlohnt wird Die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen und Sexismus ist eine Querschnittsaufgabe, die in der Schule einen wichtigen Stellenwert hat. Aufgabe der schulischen Bildung ist es, sowohl im Unterricht als auch im Leben miteinander, in Entscheidungsprozessen und bei der Lösung von Konflikten zu einem bewussten Umgang mit herrschenden Machtverhältnissen beizutragen. Die Schule ist ein entscheidender Ort dafür, traditionelle Rollenbilder zu überwinden, für Mädchen und Frauen Handlungsspielräume zu vergrößern und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Erziehende und Lehrende müssen in Hinblick auf geschlechtsspezifische Sozialisation umfassend fortgebildet und qualifiziert...

...dung muss dem Rechnung tragen. DIE LINKE fordert deshalb den Aufbau eines umfassenden Systems des "Zweiten Bildungsweges". Zugang zu Kultur und Bildung, zu traditionsreichen und modernen Kultur- und Kommunikationsformen, ist eine wichtige Voraussetzung für das Zusammenleben von Menschen. Kultur und Bildung werden immer mehr über soziale Chancen der einzelnen Menschen und die Perspektiven unseres Landes entscheiden. Kulturelle Aktivität muss allen Menschen möglich sein, das kulturelle Erbe des Landes muss allen offenstehen und zugänglich...

...ziokultur als auch beim Landestheater und bei der Jazz-Baltica Freien Eintritt in die Schleswig-Holsteinischen Museen Ein Kulturticket für Betroffene von Hartz IV, Sozialhilfe oder Bezieher von Grundsicherung, das zum Eintritt in öffentliche Kultureinrichtungen berechtigt Strukturelle Förderung, Ausbau und Stärkung von interkulturellen Aktivitäten und kultureller Bildungsarbeit Keine Änderung...

...t einem demokratischen Gemeinwesen vereinbar ist. Eine demokratische und antifaschistische Erinnerungskultur ist notwendig für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Museen und Gedenkstätten bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Auseinandersetzung mit der faschistischen Terrorherrschaft und Gedenken an Millionen Opfer dieses Terrors ist dabei der z...

.... Die für den Erhalt und die Entwicklung der Gesellschaft erforderliche Arbeit umfasst mehr als nur die Erwerbsarbeit. Der größte Teil der täglich zu leistenden Arbeit wird vielmehr unentgeltlich im Haushalt, in der Erziehung, Sorge und Pflege, im Ehrenamt und im Kulturbereich geleistet. Zum größten Teil von Frauen. Ohne diese nicht-bezahlte Arbeit könnten weder wirtschaftliche Entwicklung noch gesellschaftliches Zusammenleben funktionieren. Deshalb streiten wir für ei...

...e Nahrung darf kein Luxus sein! Unsere Landwirtschaftspolitik will den Ausbau der regionalen Landwirtschaft, die mit Hilfe ökologisch-nachhaltiger Kreisläufe unsere Kulturlandschaft schützt, eine artgerechte Tierhaltung gewährleistet und gesunde Lebensmittel produziert. Über zehn Prozent der Beschäftigten in Schleswig-Holstein arbeiten inzwischen im Tourismus. Unser Land zwischen den Meere...

...or ein entscheidendes Hindernis für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir immer noch weit entfernt. Die wesentlichen Forderungen der Frauenbewegung, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, eine eigenständige Existenzsicherung, die Teilhabe an allen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ein Leben in Sicherheit und ohne Gewalt sowie das Recht auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen, sind noch immer nicht erfüllt. DIE LINKE steht für eine geschlechtergerechte Gesellschaft und die konsequente Umsetzung feministischer Ansprüche und deren Weiterentwicklung. Wir wollen auch mit Blick auf unsere skandinavischen Nachbarn die Lebensbedingungen hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit grundsätzlich verändern. Für DIE LINKE ist Frauenpolitik keine Nischenpolitik von und für Frauen, sondern eine Querschnittsaufgabe, die sich auf alle Politikfelder erstreckt. Von daher sind die frauenspezifischen Aspekte jeweils in den entsprechenden Programmteilen ausgeführt und werden hier nur kurz zusammengefasst. DIE LINKE fordert: Bereitstellung der notwendigen Landesmittel für die Bereitstellung einer flächendeckenden, gebührenfreien, öffentlichen Kinderbetreuung Einrichtung von Beratungsstellen zur Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen, zur Existenzförderung von Frauen und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie Einrichtung eines Landesprogramms zum Wiedereinstieg von

**Frauen nach der Elternphase** Ein Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen, um Unternehmen, Kommunen und Verwaltung zu beraten Einheitliche, vom sozia...

...e im Rahmen des Doppelhaushaltes 2011/2012 zu Lasten der Frauen durchgeführt worden sind Festlegung des Stundenumfanges der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auf mindestens die Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit Eine gezielte Weiterbildung von Frauen und Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund Konsequente Umsetzung des Grundsatzes "gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit" und die Ersetzung von Minijobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung. Den Erhalt und Ausbau von Frauenbeauftragten in den Kommunen und die Erweiterung ihrer Kompetenzen Ausbau der bestehenden autonomen Strukturen für Frauen und Mädchen Die Besetzung aller Führungspositionen im Zuständigkeitsbereich des Landes mit einer Quote von 50 Prozent Frauen auf allen Ebenen bis zum Jahre 2017 Wir fordern, alle haushaltsrelevanten Entscheidungen auf ihre Auswirkungen in Hinblick auf Frauen zu überprüfen (Gender Budgeting). Überall wird die körperliche und seelische Unversehrtheit von Frauen und Mädchen, quer über alle sozialen Klassen sowie kulturellen und religiösen Grenzen hinweg, verletzt - auch in Schleswig-Holstein. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist keine Privatsache, sondern Ergebnis der gesellschaftlichen Macht - und Ressourcenverteilung zu Lasten der Frauen. DIE LINKE in Schleswig-Holstein steht für eine Politik, die Gewalt gegen Frauen bekämpft und die Unterstützung der Betroffenen garantiert. DIE LINKE fordert: Ein umfassendes Konzept des Landes zur Gewaltprävention unter Einbeziehung des Bildungswesens Förderung regionaler Netzwerke zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Schleswig-Holstein Aufstockung der Landesmittel für Frauenberatungsstellen, Frauen-Notrufe und Frauenhäuser und eine feste Bettenfinanzierung unabhängig von aktuellen Belegzahlen und sozialem Hintergrund Frauen- und Sammeltaxen für die Abend- und Nachtstunden und das Anbringen von Notrufsäulen an entlegenen Bushaltestellen F...

...kauf von Landeswald und Seen an Private lehnen wir ab. Zum Erhalt und zur Förderung der Natura-2000-Gebiete will DIE LINKE ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden aufbauen, die eine naturschutzorientierte Regionalentwicklung fördern und insbesondere die Umsetzung der Managementpläne der Natura-2000-Gebiete durch Beratung von Land- und Forstwirten und Organisationen der Landschaftspflege sichern. Der Natur- und Landschaftsschutz ist durch die Ausweisung potentieller Schut...

...einem bestimmten Punkt des Verfahrens finanzielle Mittel bereitstellen, um finanzielle Chancengleichheit zu gewährleisten. Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen künftig das Recht bekommen, über einen Volksentscheid den Landtag aufzulösen und auch über Haushaltsfragen abzustimmen. Soziale und andere demokratische Bewegungen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen ...

...r noch bittere Realität für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI). Viele von ihnen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Wir wollen die rechtliche Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft herstellen. An entsprechenden Vorhaben werden wir uns auch im Bundesrat beteiligen. Außerdem wird DIE LINKE in Schleswig H...

...as Recht auf tatsächliche Gleichstellung und das Recht auf Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben - für Alle.

## Relevante Quellen

- [1] <http://www.wenkedirekt.de/politik/wahlprogramm> (544 Worte, 3.5%)
- [2] <http://fuer-ein-soziales-hamburg.de/programm/wahlprogramm.html> (95 Worte, 0.6%)
- [3] [http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kunden...TW/DIE\\_LINKENRW\\_Langwahl\\_Endfassung\\_red.pdf](http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kunden...TW/DIE_LINKENRW_Langwahl_Endfassung_red.pdf) (375 Worte, 2.4%)
- [4] [http://www.die-linke-bw.de/wahlen/landtag/w...er\\_die\\_soziale\\_und\\_oekologische\\_wende\\_jetzt](http://www.die-linke-bw.de/wahlen/landtag/w...er_die_soziale_und_oekologische_wende_jetzt) (34 Worte, 0.2%)
- [5] [http://www.abgeordnetenwatch.de/die\\_linke-739-5390.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/die_linke-739-5390.html) (33 Worte, 0.2%)
- [6] <http://www.dielinke-herne.de/index.php?opti...6%3Alandtagswahl&Itemid=7&showall=1> (400 Worte, 2.6%)
- [7] [http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/...in\\_2011/wahlprogramm/offen\\_und\\_demokratisch](http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/...in_2011/wahlprogramm/offen_und_demokratisch) (29 Worte, 0.2%)

## Ausgeschlossene Quellen

<http://www.linke-sh.de/politik/wahlprogramm/bildung>  
[http://www.linke-sh.de/wahl\\_2012/wahlprogramm/ohne\\_bildung\\_ist\\_alles\\_nichts](http://www.linke-sh.de/wahl_2012/wahlprogramm/ohne_bildung_ist_alles_nichts)  
[http://www.linke-sh.de/uploads/media/Wahlprogramm\\_2012\\_II\\_01.pdf](http://www.linke-sh.de/uploads/media/Wahlprogramm_2012_II_01.pdf)  
[http://www.linke-sh.de/wahl\\_2012/wahlprogramm/demokratie](http://www.linke-sh.de/wahl_2012/wahlprogramm/demokratie)  
[http://www.linke-sh.de/wahl\\_2012/wahlprogramm/praeambel](http://www.linke-sh.de/wahl_2012/wahlprogramm/praeambel)  
[http://www.die-linke-schleswig-holstein.de/service/suche/?pub\\_searchWords=landtag](http://www.die-linke-schleswig-holstein.de/service/suche/?pub_searchWords=landtag)  
<http://www.picbadges.com/die-linke-schleswig-holstein/2487564>  
[http://www.linke-sh.de/wahl\\_2012/wahlprogramm/finanzpolitik\\_sozial\\_gerecht\\_gestalten](http://www.linke-sh.de/wahl_2012/wahlprogramm/finanzpolitik_sozial_gerecht_gestalten)  
<http://www.linke-sh.de/nc/presse/detail/zurueck/aktuell/artikel/noch-100-tage-bis-zur-wahl-sechs-...>  
[http://www.linke-sh.de/wahl\\_2012/wahlprogramm/frauen](http://www.linke-sh.de/wahl_2012/wahlprogramm/frauen)  
[http://www.linke-sh.de/wahl\\_2012/wahlprogramm/wo\\_wir\\_kuerzen\\_wollen](http://www.linke-sh.de/wahl_2012/wahlprogramm/wo_wir_kuerzen_wollen)  
[http://www.linke-sh.de/wahl\\_2012/wahlprogramm/schleswig\\_holstein\\_land\\_des\\_friedens](http://www.linke-sh.de/wahl_2012/wahlprogramm/schleswig_holstein_land_des_friedens)  
[http://www.linke-sh.de/wahl\\_2012/wahlprogramm/gemeinsam\\_gegen\\_rassismus\\_antisemitismus\\_und\\_fremde...](http://www.linke-sh.de/wahl_2012/wahlprogramm/gemeinsam_gegen_rassismus_antisemitismus_und_fremde...)  
<http://www.rss-nachrichten.de/weblog/politik/rss-anzeigen-52370.html>

## Einstellungen

Maximale Unterbrechung zweier Fundstellen: 50 Zeichen.  
Minimale Länge gemeldeter Fundstellen: 100 Zeichen.  
Minimale gesamte Anzahl kopierter Worte pro Quelle: 25 Worte.